



Streichkonzert statt Wunschkonzert

Die Politik muss Sparen lernen und sich vom Schuldenmachen lösen. Der Blick der Ampel-Regierung auf ihre eigene Haushaltspolitik ist kurzsichtig und negiert die notwendige Weichenstellung mit eklatanten Folgen für die Staatsfinanzen. Was nun geschehen muss, ist ein Bekenntnis zur Prioritätensetzung, harten Sparentscheidungen und schließlich eine Rückkehr zur schwarzen Null.

Die Haushaltspolitik der Ampel erinnert an die Geschichte von Don Quijote und dessen Kampf gegen Windmühlen: Einer gegen alle. Diesen Kampf bestreitet heute Finanzminister Christian Lindner gegen seine Kabinettskollegen, die mit ihren Forderungen nach Mehrausgaben den Spielraum des Bundeshaushalts sprengen und die Konsequenzen der expansiven Haushaltspolitik der Krisenjahre ausblenden.

Die Schuldenbremse limitiert die Höhe der Neuverschuldung, die die Politik zur Haushaltsfinanzierung nutzen darf. Und das zu Recht, schließlich soll sie die Generationengerechtigkeit wahren und nicht einseitig

die Gegenwarts-Generation bevorteilen, die dank einer ungebremsten Schuldenaufnahme aus dem Vollen schöpfen kann. Wer sich die Eckdaten des Haushalts genauer ansieht, erkennt, die Ampel blendet die Tatsache, dass auch kommende Generationen finanziellen Handlungsspielraum benötigen, komplett aus.

Wo bleibt die Schuldenstrategie?

Ob Pandemie, Energiekrise oder Ukraine-Krieg – die Krisen haben zu historisch hohen Schulden geführt. Konkret hat der Bund Schulden von 761 Mrd. Euro beschlossen, von denen bis zu 637 Mrd. getilgt werden müssen. Der Bundestag hat dafür einen Tilgungsbeginn im Jahr 2028 festgesetzt. Dann soll mit der Rückführung der Notlage-schulden des Bundeshaushalts über 31 Jahre hinweg begonnen werden, ab 2031 kommen die Tilgungspflichten aus Sondervermögen hinzu, die der Bund zur Finanzierung der Energiepreisbremsen und neuer Bundeswehr-Ausrüstung installiert hat. Im Ergebnis heißt das, dass der Bundesetat ab 2028 jedes Jahr knapp 12 Mrd. Euro Schulden begleichen muss, ab 2031 sogar mehr als 20 Mrd. Euro – und das viele Jahre lang. Hinzu kommen veränderte Zinslasten. Diese haben sich binnen kürzester Zeit auf mehr als 40 Mrd. Euro aufgetürmt und sind

auch ein Spiegelbild der Rekordverschuldung der vergangenen Jahre. Für die Haushaltspolitik ergeben sich dadurch ganz klare Koordinaten. Jetzt müssen Prioritäten in der Haushaltspolitik gesetzt werden. Es steht ein Streichkonzert unnötiger Ausgaben und ineffizienter Subventionen an.

Schwarze Null und Tilgungsillusion

Von nun an muss jedes Jahr konsequent die Schuldenbremse eingehalten werden. Die Rekordsteuereinnahmen, die der Staat derzeit hat, müssen für eine solide Etatplanung grundsätzlich reichen!

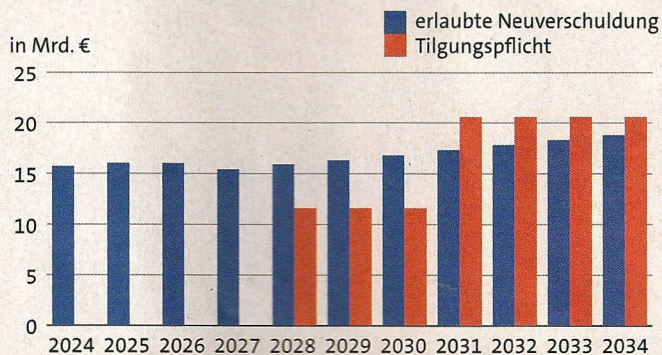
Denn spätestens ab 2028 muss der Bund seine Ausgaben durch reguläre Einnahmen decken, da die jährlichen Tilgungslasten nahezu dem erlaubten Neuverschuldungsspielraum entsprechen werden. Der Bund wird dann auf seine Neuverschuldung verzichten und dies als Tilgung darstellen. Damit wird der Schuldenstand nicht sinken, sondern weitgehend auf Rekordniveau eingefroren.

Subventionsrekord und teure Ratschläge

Wer aus der Koalition noch immer denkt, er sei auf einem Wunschkonzert, sollte erkennen, dass es nun an der Zeit ist, Einsparziele aus dem Koalitionsvertrag umzu-

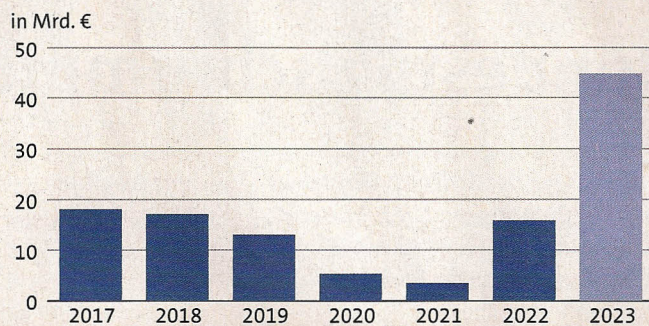


Der Schuldenspielraum schließt sich ab 2028



Quelle: Bundeswirtschaftsministerium, fortgeschriebene BdSt-Simulation ab 2028 (erlaubte Neuverschuldung = strukturell zulässige Neuverschuldung laut Schuldenbremse ohne Konjunktüreinflüsse und finanzielle Transaktionen; Tilgungspflicht = 2028 bis 2030 nur Notlagenschulden Bundeshaushalt, ab 2031 inkl. Tilgungspflichten für Verschuldung Sondervermögen)

Rasant steigende Zinslasten für Schulden des Bundeshaushalts und der Sondervermögen



Quelle: Finanzagentur, eigene Berechnungen (Prognose 2023 unter Einbeziehung der Zinslasten für Sondervermögen mit eigener Kreditermächtigung)

setzen. In dem steht, es sollen überflüssige, unwirksame und umwelt- und klimaschädliche Subventionen und Ausgaben abgebaut werden. Doch leider ist hier bisher rein gar nichts passiert. Der Bund der Steuerzahler geht voran und hat in seinem „BdSt-Sparbuch für den Bundeshaushalt 2023“ 30 konkrete Beispiele zusammengetragen.

Eine Auswahl:

Das Ampel-Versprechen, Subventionen abzubauen, ist bisher blanker Hohn. 37 Mrd. Euro gibt der Bund 2023 für seine Top-20-Finanzhilfen aus – ein Rekord! Im Vergleich zu 2021 ist das eine Verdreifachung der Subventionen. Damals verteilte die Regierung weniger als 13 Mrd. Euro an spezielle Branchen und Klientelgruppen.

Was ist nötig? Eine Subventionsbremse, mehr Wirkungsorientierung und weniger Mitnahmeeffekte bei Finanzhilfen! Auch im Kleinen lässt sich in Summe sehr viel Steuergeld sparen. So lässt das Landwirtschaftsministerium derzeit für 172.000 Euro eine Community-App entwickeln, damit sich Stadtbürger schneller zusammenfinden, um gemeinsam Gemüsebeete in der City zu beackern. Unsere Meinung: Das ist keine Staatsaufgabe!

Das Forschungsressort schießt da eher auf das Handwerk und lässt gleichfalls eine App für Friseursalons entwickeln, damit bereits vor dem Einsatz von Schere und Farbe mittels sogenannter erweiterter Realität das Resultat visuell begutachtet werden kann. Das Ministerium will damit der häufigen Ernüchterung von Friseurkunden entgegenreten, die sich bei Verlassen des Salons ein anderes Haarschnitt-Ergebnis erhofft hatten. Kostenpunkt für die Steuerzahler: 1,3 Mio. Euro. Unser Fazit: Nette Idee, aber geht auch ohne Steuerzahler-Finanzierung!

Gleichfalls lässt das Forschungsministerium für mehr als 600.000 Euro noch bis 2024 erforschen, wie Bürger genügsamer und mit weniger Konsum leben können. Hierfür werden eingangs Methoden und Konzepte zur Besitzreduktion untersucht, die dann in Tipps gebündelt werden, die Bürger an sich selbst testen sollen. Einige dieser mit Steuergeld geförderten Ratschläge lauten etwa: „Gehe nur dann einkaufen, wenn du wirklich etwas brauchst“ oder „Kaufe nur ein, was dich vollständig überzeugt“. Für solche bürgerwissenschaftlichen Projekte gibt das Ministerium 2023 insgesamt 2,8 Mio. Euro aus. Unser Votum: Kann ausgemistet werden!

Foul am Steuerzahler

Eine Nummer größer und konkreter denkt da gleich das Umweltministerium. Die Fußball-Europameisterschaft 2024 in Deutschland steht vor der Tür. Für die Politik Grund genug, sowohl die Veranstalter – die Europäische Fußballunion (UEFA) und der Deutsche Fußballbund (DFB) – als auch die Fußballfans in ihrem Sinne zu beeinflussen. Bereits ab diesem Jahr fließen hierfür 1,6 Mio. Euro Steuergeld, um Checklisten, Workshops und PR-Maßnahmen zu initiieren, die auf eine „Sensibilisierung zu Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft“ abzielen und auch das „Bewusstsein für nachhaltige Ernährungsweisen“ schärfen sollen – Cateringtipps inklusive. Höhepunkt ist dann das EM-Jahr selbst, wenn die Aktivitäten des Ministeriums 3,4 Mio. Euro kosten sollen. Wir meinen: Foul am Steuerzahler, woanders wird das Steuergeld dringender benötigt! Solche Beispiele lassen sich beliebig fortsetzen – bis hin zur Subventionierung von renditestarken DAX-Konzernen.

Sebastian Panknin, s.panknin@steuerzahler.de

Fazit: Ab sofort muss sich jeder Minister als Sparminister verstehen und endlich Prioritäten setzen. Die Politik muss umdenken und das schnell!